



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 10.11.2008

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:14 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Frau Stadträtin Brunner  
Herr Stadtrat Dr. Compter  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Hagel  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Kolesch  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herrn Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Weber

Stellvertreter/in:

Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Rieger

entschuldigt:

Frau Stadträtin Buttschardt  
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Herr Brugger, Bauverwaltungsamt  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Herr Krause, OV Mettenberg  
Herr Maucher, Umweltschutz  
Herr Rechmann, Tiefbauamt

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Interkommunales Gewerbegebiet Ristal	222/2008
2.	Baugebiet Talfeld - Energiekonzept	212/2008
3.	Elektrifizierung Südbahn - Aktueller Stand	217/2008
4.	Aufstellung des Bebauungsplans "Eisenbahnstraße-Bahnquerung"	203/2008
5.	Bahnhof Biberach - Fahrgastinformationssystem	218/2008
6.	Gemeindeverbindungsstraße Winterreute - Hagenbuch	219/2008
7.1.	Verschiedenes: Behinderungen in der Pfluggasse durch die Baustelle	
7.2.	Verschiedenes: Wohnmobilstellplatz als Parkplätze	
7.3.	Verschiedenes: Grünplanung Innenstadt	
7.4.	Verschiedenes: Haltestelle Waldseer Straße bei der Polizeidirektion	

Die Mitglieder wurden am 30.10.2008 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 06.11.2008 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 222/2008 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann erläutert anhand der Beschlussvorlage die geplante Entwicklung und die Vorgehensweise für das interkommunale Gewerbegebiet.

StR Kolesch befürwortet im Namen der gesamten CDU-Fraktion diese Entwicklung für die Region und betont die Wichtigkeit einer strategischen und langfristigen Planung um den ansässigen Firmen notwendige Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

StR Keil betont seine Zustimmung. Arbeitsplätze und die Zukunft der Firmen dieser Region würden durch diese Entwicklungsmöglichkeiten gestärkt und erhalten. Er regt an, die Gemeinde Ummendorf bei notwendigen Ausgleichsmaßnahmen zu beteiligen. Eine Beteiligung von Naturschutzverbänden in diesem Verfahren sei notwendig. Wichtigster Punkt sei vor allem die Ehrlichkeit gegenüber den ortsansässigen Firmen, der Öffentlichkeit und den umliegenden Gemeinden.

BM Kuhlmann erwähnt, dass jede Ausgleichsmaßnahme individuell zu regeln sei und die Entwicklung des interkommunalen Gewerbegebietes getrennt betrachtet werden sollte. Mit den Gemeinden Hochdorf und Ummendorf stehe man aber über weitere interkommunale Ausgleichsmaßnahmen in Kontakt.

StR Rieger befürwortet ebenfalls die Beschlussvorlage.

StR Weber lehnt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussantrag ab. Der Schutz von natürlichen Ressourcen und die Erhaltung von landwirtschaftlichen Nutzflächen sei dringend erforderlich. Er bedauert, dass die Forderungen der Naturschutzverbände nicht ernst genommen würden und betont, dass die Ausgleichsmaßnahmen kritisch anzusehen seien. Er fordert, dass an bereits vorhandenen Firmenstandorten Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

BM Kuhlmann weist den Vorwurf mit aller Deutlichkeit zurück und betont, dass die Flächenversiegelung und der Bodenschutz der Verwaltung und den Gemeinderäten ein wichtiges Thema sei. Man habe durch die Änderung von Bebauungsplänen an bestehenden Gewerbestandorten und durch Aufstockung von Baumassenzahlen Zusatznutzungen für die Firmen ermöglicht. Aufgrund fehlendem Entwicklungspotential im Innenbereich sei man jedoch gezwungen gewesen nach Erweiterungsmöglichkeiten im Außenbereich zu suchen. Betonen möchte er, dass sich alle Bürgermeister einig seien, dass es sich bei den Flächen um eine sogenannte Null-Bilanz handle. Das heißt, die Größe der neu zu schaffenden Fläche wird in bestehenden bereits ausgewiesenen Gewerbeflächen reduziert und im Zuge des Flächennutzungsplanverfahrens bereinigt, so dass es zu keiner Flächenvermehrung kommt.

StR Braig ist der Ansicht, es handle sich hier nicht um eine Ausweitung der Firmen, sondern um eine Standortsicherungsmaßnahme. Er weist darauf hin, dass für die ansässigen Familienunternehmen Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden müsse, um den Standort Mittelbiberach mit seiner gesamten Infrastruktur zu sichern.

StR Kolesch ist der Begriff Ehrlichkeit ebenfalls sehr wichtig. Er gibt zu verstehen, dass man prosperierende Firmen auch unterstützen solle. Stillstand sei in diesem Fall Rückstand. Er weist darauf hin, dass auch Erweiterung an vorhandenen Gewerbestandorten trotz umfangreicher Ausgleichsmaßnahmen mit hohem Aufwand bereits von der Grünen-Fraktion abgelehnt wurde. Auch haben Untersuchungen zur Wertigkeit von intensiv genutzten landwirtschaftlichen Gebieten wie im Rißtal aufgezeigt, dass diese nicht zu den hochwertigen Bodenbereichen zählen und damit zu schützen seien. Er befürwortet die Weiterentwicklung der Firmen in der Nähe zum Stammwerk.

StRin Brunner erklärt, dass das geplante Gewerbegebiet aufgrund der Verengung des Risstals den dort befindlichen Landschaftsbereich zerstöre. Sie bittet um Nennung von anderen Standortalternativen.

BM Kuhlmann weist darauf hin, dass diese Standortalternativen durch die geplante Untersuchung aufgezeigt werden und letztendlich der Standort vom Gemeinderat bewertet und ausgewählt werde.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 212/2008 sowie der **Antrag** der Fraktion der SPD vom 10.11.2008 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann erläutert die Vorlage und beschreibt, dass das vorliegende Energiekonzept Grundlage für Beratungen der Bauherren im Talfeld sei. Zusätzlich würde vom Büro ebök eine allgemein verständliche Bauherreninformationsbroschüre erstellt werden. Er führt aus, dass die Verwaltung bereits Gespräche mit den Stadtwerken zu der Thematik „Mininetze“ geführt habe.

Frau Christ und Herr Maucher erläutern die Untersuchungen des vorliegenden Energiekonzeptes und zeigen die dazugewonnenen Ergebnisse für die unterschiedlichen Haustypen auf.

StR Kolesch stellt fest, dass das vorliegende Energiekonzept für den energiebewußten Bürger keine neuen Erkenntnisse und Aussagen bringe. Eine Förderung der Mininetze, auch in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, würde befürwortet und für gut befunden werden. Er bittet die SPD ihren Antrag näher zu erläutern.

BM Kuhlmann merkt an, dass diese kompakte Zusammenstellung von Vorschlägen für die verschiedenen Haustypen für ein Baugebiet außergewöhnlich sei.

StR Keil stimmt der Beschlussvorlage zu und erläutert den Antrag der Fraktion der SPD. Dieser sieht vor, dass die Stadt in der Anfangsphase die Kosten für Planung, Bau und Betrieb eines Mininetzes übernimmt und später von einem Kontraktor übernommen werden solle. Die Kosten sollten dabei über Gebühren auf die Bauherren umgelegt werden. Er wünscht sich mehr Aussagen zu den öffentlichen Förderprogrammen.

BM Kuhlmann bestätigt, dass man sich gerade bei den verschiedenen Energieanbietern Angebote zu möglichen Kontraktierungs-Modellen einhole. Über den bereitgestellten Zuschuss habe der Bauherr die Möglichkeit in eine vertiefte Planung einzusteigen. Er sieht damit den Antrag der SPD bereits als beinhaltet an. Aussagen zu öffentlichen Förderprogrammen sei Aufgabe der Energieberatungsagenturen.

StR Dr. Compter stimmt der Beschlussvorlage zu und bittet die Informationsbroschüren für die Bauherren verständlich zu halten.

StRin Brunner stimmt der Beschlussvorlage ebenfalls zu und merkt an, dass die Förderung für die unter Punkt 3 genannten Energieberatungen nicht beschränkt werden solle. Sie fragt an, ob alle Gebäude die Möglichkeit für Solarnutzung haben und ob nicht auch für Bauträger restriktivere Regelungen für Maßnahmen zur Energieumsetzung getroffen werden können.

BM Kuhlmann erwähnt, dass das erneuerbare Energiegesetz auch für Bauträger bindend sei. Die Ostwest ausgerichteten Gebäude meist mit Flachdächern oder Pultdächern haben ebenfalls die Möglichkeit südorientiert Solarmodule anzubringen.

StR Braig ist der Auffassung, dass der notwendige Energiebedarf und nicht der Energieträger wichtig sei. Die Informationsbroschüre trage zu besseren Planungsmöglichkeiten für den Bauherren bei.

StR Kolesch merkt an, dass der Beschluss der Sitzungsvorlage aufgrund der Höhe der Kosten im Bauausschuss erfolgen kann und nicht nochmals im Gemeinderat beschlossen werden müsse.

BM Kuhlmann bestätigt dies und entschuldigt sich für das Versehen.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 217/2008 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann erläutert die vorliegende Beschlussvorlage und den aktuellen Sachstand. Dabei führt er aus, dass die Erhöhung der Planungskosten zur Zeit rechtlich geprüft werde und eine zeitliche Verzögerung auch im Hinblick auf die Großbaumaßnahme Stuttgart 21 zu erwarten sei. Ziel müsse es jedoch momentan sein, die Planung weiter zu führen. Der Verlauf des Sachverhalts solle jedoch weiter beobachtet werden, um gegebenenfalls notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

StR Kolesch befürwortet die Aufhebung des Sperrvermerks. Er bittet die Verwaltung, Druck um eine schnellstmögliche Weiterverfolgung der Planung zu erreichen, Druck auf die Bahn auszuüben. Er fragt an, ob die geplante Streckenbegehung bereits stattgefunden hat und welche Maßnahmen zwischen dem Zeitraum 2008 bis 2012 erfolgen würden.

BM Kuhlmann bestätigt, dass die Streckenbegehung im November stattfinden soll.

StR Nuding stimmt der Sitzungsvorlage ebenfalls zu und befürwortet, dass der Entwurf und die Genehmigungsplanung direkt an die Leistungsphasen Grundlage und Vorentwurf angeschlossen werden sollen.

StR Rieger und StR Weber stimmen der Beschlussvorlage zu.

StR Braig stimmt ebenfalls der Beschlussvorlage zu und möchte die Maßnahmen bei weiteren Verzögerungen und Kostensteigerungen näher erläutert haben.

BM Kuhlmann betont, bei weiteren Kostensteigerungen und Zeitverzögerungen muss rechtzeitig überlegt werden, ob der Prozess weiter betrieben werden solle.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 203/2008 zur Vorberatung vor.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.**



Herr Rechmann erläutert die Stellungnahme der DB, in der ein Fahrgastinformationssystem, ein Low-Cost Anzeiger und auch ein Reiseinformationssystem für den Bahnhof Biberach abgelehnt wird.

StR Kolesch kritisiert die Aussage der Deutschen Bundesbahn und hält die Begründung über eine Ablehnung des Reiseinformationssystems nicht nachvollziehbar. Er fragt an, ob die DB mit der Stadt Biberach, wie von MdB Romer versprochen, Kontakt aufgenommen habe. Er bittet um eine schriftliche Aussage der Bahn, warum es nicht möglich sei, auf einem öffentlichen Bahngelände ein öffentliches Internetterminal zu erstellen. Er stellt fest, sollte sich das Low-Cost System in seiner Pilotphase bewähren, eine Zusage für die Stadt Biberach unumgänglich sei. Er bittet um Nennung einer Zeitschiene durch die DB.

Herr Rechmann lässt wissen, dass noch keine Kontaktaufnahme durch die DB stattgefunden habe. Herr Rechmann weist auf die Aussage der DB aus Ulm hin, dass zu der optischen Funktionalität des Low-Cost Systems die sprachliche Verknüpfung notwendig sei. Diese befinde sich aber ebenfalls erst in der Testphase. Eine zeitliche Aussage kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden. Die Tatsache, dass in Biberach nur auf das Informationssystem der Bahn zugegriffen werden müsse, ist für die Bahn unwichtig. Sie beziehe sich hier auf die gesetzlichen Bahnvorschriften. Eine Einladung der Stadt Biberach konnte von der DB aufgrund der aktuellen Probleme der ICE-Züge nicht wahrgenommen werden.

BM Kuhlmann wird die konkreten Punkte und Fragen noch einmal zusammenfassen und die DB um eine schriftliche Aussage bitten.

StRin Kübler beschreibt die Wichtigkeit dieser Informationsvorlage für das Gremium und die Stadt Biberach und betont, dass die SPD-Fraktion sogar bereit sei, die Kosten für ein bürgerfreundliches Fahrgastinformationssystem zu übernehmen. Sie fragt an, ob die DB über die Umbaumaßnahmen des Bahnhofs informiert seien. Notwendig sei auf alle Fälle eine schriftliche Stellungnahme durch die DB sowie eine Klärung der Fragen vor dem Bauausschuss durch einen Vertreter der DB.

Herr Rechmann erläutert, dass der zuständige verantwortliche Sachbearbeiter der Deutschen Bahn, Herr Maier, Ulm, von den Baumaßnahmen in Biberach informiert sei und alle 4 Wochen bei dem stattfindenden Baustellen-Jour-Fix- anwesend sei.

StR Rieger schlägt vor, den Bildschirm mit der Verknüpfung zum Reiseinformationssystem im Bereich eines Fensters der Bahnhofsmission oder in der Bäckerei aufzustellen.

StR Weber spricht die Notwendigkeit eines Fahrgastinformationssystems an und überlegt, ob der Bildschirm für dieses Reisendeninformationssystem im Innenbereich des Kiosk erstellt werden können.

Herr Rechmann erläutert, dass der Kiosk sich ebenfalls auf den Flächen der DB befinde und dort eine Aufstellung nicht möglich sei.

StR Braig sieht das in der Testphase befindliche Low-Cost System der Bahn als einzige Realisierungsmöglichkeit an. Hierzu möchte er wissen, wer die Untersuchungen durchführe und bittet den Inhalt des Zwischenergebnisses mitzuteilen. Sollte es keinem Vertreter der DB möglich sein einen Termin am Bauausschuss wahrzunehmen, schlägt Herr StR Braig vor, mit den Gremien zusammen nach Ulm zu fahren.

Herr Rechmann erläutert, dass von der DB keine konkreten Aussagen über den zeitlichen Ablauf für den Low-cost Anzeiger getroffen werden können, da der Start des Pilotprojektes erst für September 2009 vorgesehen sei.

BM Kuhlmann betont noch einmal, dass die Fragen schriftlich mit Zeitangaben fixiert werden und nochmals eine Einladung an die DB ausgesprochen werde.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksachr Nr. 219/2008 zur Beschlussfassung vor.

StR Keil sieht eine Straßenerneuerung nur im ersten Teilabschnitt für notwendig an. Die SPD-Fraktion **lehnt** daher den Beschlussantrag **ab**.

**Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss mit 3 Gegenstimmen folgenden**

**Beschluss:**

**Die Straßenbauarbeiten für die Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße werden an die günstigste Bieterin, die Firma Grüner & Mühlshlegel GmbH, Biberach auf der Grundlage ihres Angebotes vom 13. Oktober 2008 in Höhe von 314.647,42 € brutto vergeben.**

## **TOP 7.1    Verschiedenes: Behinderungen in der Pfluggasse durch die Baustelle**

StR Keil weist auf die Schwierigkeiten für Pkw-Fahrer während der Baumaßnahme in der Pfluggasse hin und regt an besonders an den Tagen an denen die Pfluggasse aufgrund von Bauarbeiten voll gesperrt werden müsse, ebenfalls die Einfahrt in die Viehmarktstraße vom Zeppelinring zu sperren.

BM Kuhlmann gibt dies zur Prüfung an das zuständige Amt weiter.

## TOP 7.2    **Verschiedenes: Wohnmobilstellplatz als Parkplätze**

StR Keil erwähnt, dass einige der Wohnmobilstellplätze beim Autohaus Munding im Winter als allgemeine Stellplätze ausgewiesen sind. Dies sei bis jetzt nicht der Fall.

BM Kuhlmann gibt dies weiter.

### TOP 7.3    **Verschiedenes: Grünplanung Innenstadt**

StR Braig erwähnt, dass in der Innenstadt häufig schnell wachsender Ahorn gepflanzt werde. Die Früchte bzw. Samen des Ahornbaumes führen zu starken Verunreinigungen nicht nur auf den Gehwegen. So entstehen den Eigentümern zusätzlich hohe Kosten durch die notwendige Reinigung von verschmutzten Dachrinnen. Er fordert, dass aufgrund der Verkehrssicherung die Ahornbäume sukzessiv durch andere Bäume ersetzt werden.

BM Kuhlmann wird eine Besichtigung von betroffenen Standorten zur Klärung des Sachverhalts veranlassen.

#### **TOP 7.4    Verschiedenes: Haltestelle Waldseer Straße bei der Polizeidirektion**

StR Braig zeigt auf, dass es bei der Haltebucht Waldseer Straße bei der Polizeidirektion häufig zu Unfällen mit aus den Bussen aussteigenden, gehenden oder radfahrenden Schülern komme. Die dort vorhandene Haltebucht reiche morgens für zwei hintereinander parkende Gelenkbusse nicht aus. Diese würden in die Straße hinein ragen. Er bittet zu überprüfen, ob nicht eine längere Haltebucht dort ausgewiesen werden könne.

BM Kuhlmann gibt diesen Punkt zur Überprüfung an Herrn Fessler weiter.

**Bauausschuss, 10.11.2008, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

- Vorsitzender: ..... BM Kuhlmann
- Stadtrat: ..... Compter
- Stadtrat: ..... Hagel
- Schriftführerin: ..... Maslowski
- Gesehen: ..... OB Fettback
- Gesehen: ..... EBM Wersch